



## KONJUNKTURREPORT

14. Jg., Ausgabe 2, Juni 2014

### Arbeitslosigkeit bleibt trotz Konjunkturerholung hoch

Die **Weltwirtschaft** wächst weiterhin solide, auch wenn sich das Tempo im ersten Quartal 2014 leicht abgeschwächt hat. Dies ist in erster Linie auf Sonderfaktoren wie den ungewöhnlich kalten Winter in den Vereinigten Staaten und umweltbedingte Werksschließungen in der chinesischen Schwerindustrie zurückzuführen. Die globalen Stimmungsindikatoren wie der Einkaufsmanagerindex, der Weltwirtschaftsklimaindex des ifo Instituts sowie der Frühindikator der OECD zeigen für die kommenden Monate eine Aufhellung der Perspektiven für die Industrieländer und eine Eintrübung für die Schwellenländer an. Insgesamt bleibt demnach die Weltkonjunktur aufwärts gerichtet, zeigt aber wenig Dynamik. Risiken gehen von einer möglichen Eskalation der Spannungen zwischen der Ukraine und Russland aus.

Nach einem Anstieg um 0,6 % im vierten Quartal 2013 ist das reale, saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den **USA** im ersten Quartal 2014 um 0,2 % gesunken. Rückläufig waren die Anlageinvestitionen, darunter insbesondere die Bauinvestitionen, die Exporte und die staatlichen Konsumausgaben. Der Rückgang dürfte wesentlich durch das ungewöhnlich kalte Winterwetter verursacht worden sein. Nach 0,1 % im vierten Quartal 2013 stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion in **Japan** im ersten Jahresviertel 2014 kräftig um 1,5 % gegenüber dem Vorquartal. Die private Nachfrage und hier vor allem die Ausrüstungsinvestitionen lieferten positive Wachstumsbeiträge, während vom Staatskonsum und vom Außenhandel negative Beiträge ausgingen. In **China** wurde die Wirtschaftsleistung im Schlussquartal 2013 im Jahresvergleich um 7,7 % und gegenüber dem Vorquartal (saisonbereinigt) um 1,8 % ausgeweitet. Im ersten Quartal 2014 gingen die Wachstumsraten auf 7,4 % im Jahresvergleich bzw. 1,4 % im Vorquartalsvergleich zurück. Die Exporte, unter anderem nach Europa, der Konsum und die Investitionen wuchsen langsamer. Außerdem hat sich der überhitzte Immobilienmarkt abgekühlt. In **Europa** stieg das reale BIP einer Schnell-

schätzung zufolge zwischen Jänner und März gegenüber dem Vorquartal um 0,2 % (**Euro-raum**) bzw. 0,3 % (**EU-28**). Im vierten Quartal 2013 war das Bruttoinlandsprodukt im Euro-raum um 0,2 % und in der EU-28 um 0,4 % gestiegen. Besonders kräftig stieg die Produktion im ersten Jahresviertel mit 0,8 % in Deutschland. Auch in Spanien beschleunigte sich das Expansionstempo, während die Wirtschaftsleistung in Frankreich stagnierte und in Italien um 0,1 % zurückging.

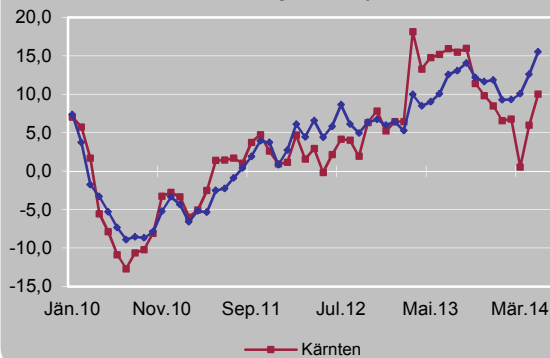
In **Österreich** ist die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 0,3 % gestiegen, nach 0,4 % im Schlussquartal 2013. Die privaten Konsumausgaben nahmen wie bereits in drei vorangegangenen Quartalen um 0,1 % zu. Der öffentliche Konsum wurde um 0,4 % ausgeweitet. Erstmals seit Anfang 2012 wurden die Bruttoanlageinvestitionen gesteigert. Der Anstieg war auf den Baubereich beschränkt, während die Ausrüstungsinvestitionen weiterhin rückläufig waren. Mit 1,5 % stiegen die Exporte kräftiger als die Importe, die um 1,1 % zulegen. Entstehungsseitig schwächte sich die Expansion in der Sachgütererzeugung und in den sonstigen Dienstleistungen etwas ab. Kräftig konnte die Wertschöpfung im Kreditwesen und in der Landwirtschaft gesteigert werden. Positiv entwickelten sich auch das Bauwesen, der Handel und die öffentlichen Dienstleistungen.

Rückläufig war die Wertschöpfung im Bereich Information und Kommunikation. In **Kärnten** sank der Produktionsindex für den produzierenden Bereich im Jahresdurchschnitt 2013 um 3,6 %, verglichen mit einem leichten Anstieg um 0,4 % in ganz Österreich. In den ersten beiden Monaten des heurigen Jahres ist eine Trendwende sichtbar, denn sowohl im Jänner als auch im Februar stieg der Produktionsindex in Kärnten im Jahresvergleich. Dies ist auf eine steigende Produktion im verarbeitenden Gewerbe und im Hochbau zurückzuführen, während der Tiefbau nach wie vor stark rückläufig war.

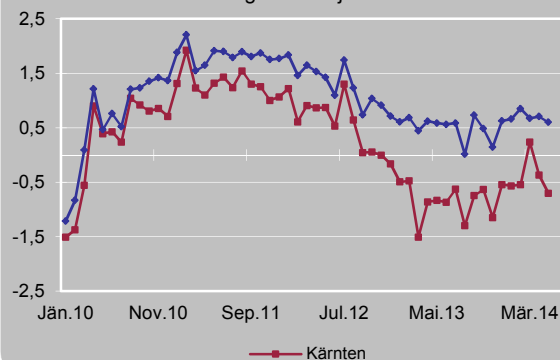
(Fortsetzung auf Seite 8)

**Vorgemerkte Arbeitslose**

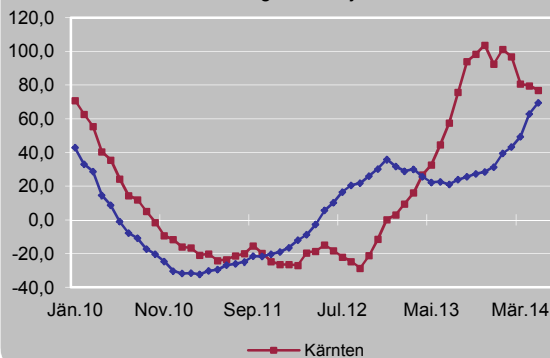
Veränderung zum Vorjahreswert in %

**Unselbstständig Beschäftigte**

Veränderung zum Vorjahreswert in %

**Langzeitarbeitslose (über 1 Jahr)**

Veränderung zum Vorjahreswert in %

**Vergleich der Arbeitslosigkeit in Kärnten**

Veränderung zum Vorjahreswert in %

**Aktuelles vom Arbeitsmarkt**

Sowohl die aktuellen Wirtschaftsprognosen<sup>1</sup> als auch die gegenwärtige Arbeitsmarktentwicklung deuten auf keine merkliche Entspannung am Arbeitsmarkt hin. Im Verlauf des Jahres 2014 ist von einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit auszugehen und eine Trendumkehr ist erst 2015 zu erwarten. So beträgt im Mai 2014 die Zahl der Arbeitslosen in Kärnten 20.970 Personen und liegt damit um 10,0 % über dem Vorjahreswert (Österreich: 290.892). Allerdings liegt der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Kärnten unter dem Bundesdurchschnitt von +15,5 %, während die Zuwachsraten im Verlauf des Jahres 2013 noch über den Werten von Österreich rangierten.

Hinsichtlich der Beschäftigungsdynamik wird in Kärnten allerdings nach wie vor eine ungünstige Entwicklung beobachtet: Die unselbstständige Beschäftigung ist im Mai 2014 im Vergleich zum Vorjahr unverändert rückläufig (-0,7 %), während österreichweit ein Anstieg um 0,6 % verzeichnet wurde. Prognosen des Arbeitsmarktservice gehen davon aus, dass im Jahresdurchschnitt 2014 auch in Kärnten ein moderater Beschäftigungszuwachs von 0,5 % zu erwarten sein wird.<sup>2</sup>

Positiv hervorzuheben ist die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit (15-24 Jährige) in Kärnten. Diese war im März bzw. April 2014 im Vergleich zum Vorjahr rückläufig und nimmt derzeit lediglich unterdurchschnittlich zu (Mai: +3,5 %); österreichweit wird ein deutlich höherer Anstieg von 9,2 % beobachtet. In anderen Bereichen bestehen strukturelle Probleme der Arbeitsmarktentwicklung hingegen fort. Nach wie vor dramatisch zeigt sich vor allem die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit (über 1 Jahr). Diese stieg im Mai um 77,0 % gegenüber dem Vorjahr (Österreich: +69,5 %) und stellt damit einen besonderen Handlungsbedarf für die Arbeitsmarktpolitik dar, da die Reintegrationschancen mit der Dauer des Ausschlusses vom Erwerbsleben sinken. Daneben nimmt auch die Arbeitslosigkeit von Älteren (50+) mit +15,4 % unverändert überdurchschnittlich zu (Österreich: +23,0 %). Ältere Arbeitsmarktteilnehmer/innen sind demnach von der ungünstigen Entwicklung vergleichsweise stärker betroffen; über gezielte Maßnahmen der (regionalen) Politik gilt es den längeren, produktiven Verbleib von Älteren im Erwerbsleben zu erreichen.

Robert Klinglmair

<sup>1</sup> Vgl. Institut für Höhere Studien (2014): Prognose der Österreichischen Wirtschaft 2014-2015 – Budget konsolidieren, Wachstumskräfte erhalten. Economic Forecast 81/2014. Wien.

<sup>2</sup> Vgl. Arbeitsmarktservice Kärnten (2014): Geschäftsbericht 2013, S. 30.

## Kommentar: Vermögenssteuer

Eine Steuerreform zur Entlastung der Erwerbseinkommen und zur Erhöhung der Kaufkraft sorgt seit Wochen für heftige Diskussionen in Österreich. Ausgangspunkt ist dabei die Tatsache, dass die sogenannte „kalte Progression“ zunehmend mehr Erwerbstätige trifft und die Steuerbelastung für Erwerbstätige jährlich steigt. Grundproblem dabei ist, dass die Einkommen jährlich nominell zunehmen, einerseits durch eine Inflationsanpassung oder durch reale Lohnsteigerungen, gleichzeitig bleibt die Tarifstruktur der Einkommenssteuer unverändert. Im Konkreten werden in Österreich jährliche Einkommen bis € 11.000 nicht besteuert, darüber setzt bereits ein Eingangsteuersatz von 36,5 % an. Einkommen von € 25.000 bis € 60.000 unterliegen einem Grenzsteuersatz von rund 43,2 %; alle Einkommen über € 60.000 werden mit 50 % besteuert. Nachdem die Tarifsätze seit 2009 nicht angepasst wurden, trifft die kalte Progression zunehmend mehr erwerbstätige Personen. Kommt es langfristig zu keiner (automatischen) Anpassung der Tarifstruktur entwickelt sich die Einkommensteuer in Richtung einer „Flat Tax“.

Dies bedingt zwar einen positiven Einnahmeneffekt für den Staat, denn ohne gesetzliche Maßnahmen erhöht sich der Kreis der Einkommenssteuerpflichtigen jährlich und der öffentliche Haushalt nimmt sich auf Kosten des privaten Sektors ein immer größeres „Stück vom Kuchen“. Diese Entwicklung führt unmittelbar zu einer Diskussion über die Verteilungsgerechtigkeit, zumal gerade die geringen Einkommen - durch den hohen Eingangsteuersatz - und die mittleren Einkommen besonders schmerzhaft getroffen werden. Aus diesem Grund steht der Vorschlag im Raum, den Eingangsteuersatz auf 25 % zu reduzieren bzw. die bestehende Tarifstruktur anzupassen.

In Anbetracht dessen, dass sich die Realeinkommen der ÖsterreicherInnen in den letzten Jahren sehr schwach entwickelt haben und die Konsumausgaben der privaten Haushalte im Jahr 2013 - erstmals seit 1984 - um 0,2 % zurückgegangen sind, erwartet man sich durch eine Einkommenssteuersenkung auch eine Belebung der Kaufkraft bzw. der Inlandsnachfrage. Die „Gretchenfrage“ dabei ist nur, wie finanziert man einen Einnahmenschwund von mehreren Milliarden Euro pro Jahr bei einer Rekordverschuldung von rund 80 % des BIP.

Ein Teil der Gegenfinanzierung könnte über eine sogenannte „Vermögens- oder Reichensteuer“ erfolgen, so lautet zumindest ein am Tisch liegender Vorschlag. Die Erhöhung oder Einführung von vermögensbezogenen Steuern ist jedoch keine österreichspezifische Diskussion, sondern hat spätestens mit der Veröffent-

lichung des internationalen Bestsellers „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ von Thomas Piketty einen neuen Höhepunkt erreicht. Folgt man Picketty's empirischer Forschung, dann wuchs in den letzten Jahrzehnten in vielen Ländern die Rendite auf das Kapital (Geldvermögen, Immobilien etc.) schneller als die Wachstumsrate der Wirtschaft; folglich ist die Vermögensverteilung in den vergangenen Jahrzehnten, global gesehen, deutlich ungleicher geworden und Picketty leitet daraus die Forderung ab, hohe Vermögen (international) stärker zu besteuern.

Mit dieser Forderung verbunden ist eine Vielzahl praktischer Probleme. So stellt sich die Frage, welche Art von Vermögen soll besteuert werden und bei näherer Betrachtung zeigt sich, Vermögen kann viele Formen haben und nicht alle vermögenden Personen müssen reich sein. Um mögliche Erträge für den Staat abschätzen zu können, ist die Frage der Ausweichreaktionen (Kapitalflucht) elementar und die Umverteilungseffekte müssen ebenfalls vorab geklärt werden. Ein grundsätzliches Problem ist auch die Bewertung der vorhandenen Vermögen. Die Berechnung eines Vermögens zu einem Stichtag hat das Problem, dass zum Zeitpunkt der Abführung der Steuer das Vermögen bereits (teilweise) nicht mehr vorhanden sein kann (beispielsweise Aktienvermögen). Die Frage nach dem Steuersatz beinhaltet auch das Problem, dass verschiedene Vermögen unterschiedlichen Ertrag bringen. Der Besitz von Vermögen kann nicht mit Erträgen gleich gesetzt werden, im Extremfall kann es sich dabei sogar um eine Belastung handeln (bspw. Erhaltung bei gleichzeitig eingeschränkter Nutzung eines denkmalgeschützten Gebäudes). Dies müsste gemäß dem Leistungsfähigkeitsprinzip berücksichtigt werden. Neben diesen und noch vielen anderen grundsätzlichen Aspekten stellt sich letztendlich die Frage nach dem Verwaltungsaufwand; dieser war auch ein Argument dafür, die Erbschaftsteuer in Österreich abzuschaffen.

Nichtsdestotrotz ist die Verteilungsgerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Generationen eine zentrale wirtschaftspolitische Zielgröße. Unabhängig von ideologischen Zugängen sollte die aktuelle Diskussion genutzt werden, möglichst sachlich und empirisch fundiert über den Zeitpunkt und das Ausmaß von Einkommenssteuerentlastungen und die mögliche Gegenfinanzierung durch vermögensbezogene Steuern nachzudenken. Dies erfordert aber auch eine gesamthafte Betrachtung einer zusätzlichen Vermögenssteuer im Kontext der gesamten Abgabenbelastung eines Landes und der damit finanzierten Leistungen (Äquivalenzprinzip).

Markus Bliem

## Kommentar: Staatsversagen

Die wirtschaftspolitische Debatte zwischen „links“ und „rechts“ wird meist unter dem Vorwurf von „Marktversagen“ oder „Staatsversagen“ geführt und mit der Forderung nach mehr Staat, Kontrolle und Regulierung bzw. mit der Rezeptur eines verbesserten, funktionsfähigen Marktwettbewerbs verbunden. Neben berechtigten Vorwürfen an die Führung der Hypo Alpe-Adria-Bank – der überoptimistischen Einschätzung des Marktes, unzulänglichen Risikomanagements, der Verquickung von Politik, Bankgeschäft und korrupten Praktiken – spielt für das Desaster der Bank auch ein beträchtliches Maß an Staatsversagen eine entscheidende Rolle.

Dieses Staatsversagen begann im politisch handverlesenen Aufsichtsrat der Bank, einschließlich des staatlich bestellten Regierungskommissärs, der wesentliche Pläne und Entscheidungen des Vorstands abgesegnet hat, anstatt die expansionsfreudigen Banker einzubremsen, auf Risikokontrolle zu drängen oder einzelne Großprojekte in Frage zu stellen. Das Staatsversagen setzt sich im Bereich der Landespolitik fort: einer Landesregierung, die die Hypo auch als Instrument zur Realisierung politisch gewünschter Vorhaben sah und die forcierte Expansion der Bank statt durch Kapitalerhöhungen über Landeshaftungen für Darlehensaufnahmen der Bank ermöglichte; einer fehlenden politischen Opposition im Lande, die (ohne die Grünen) in die Konsensregierung mit eingebunden war; einem Landtag, dem die abenteuerliche Höhe der Haftungszusagen bekannt war und der sich mit kritischen Fragen zur Situation der Bank nicht aufgehalten hat. Das Versagen setzte sich fort bei den Institutionen der Bankenaufsicht auf Bundesebene (Finanzmarktaufsicht und Österreichische Nationalbank), die die Bücher der Bank geprüft haben und die enormen Risiken, die die Bank eingegangen war, nicht moniert haben. Einzig der Rechnungshof, dem eine Prüfung der Bank verweigert wurde, hat schon 2003 auf das Problem der Risikotragfähigkeit und der mangelnden Kapitalausstattung der Bank hingewiesen – ohne dass dies besondere Aufmerksamkeit erregt oder Konsequenzen nach sich gezogen hätte. Die Situation der Bank und die Verhandlungen mit der Bayern LB, die zur „Notverstaatlichung“ im Jahr 2009 führten, sind noch zu unübersichtlich, um hier – wie in den folgenden Jahren der Führung der Bank mit dem Ziel einer Sanierung und des Verkaufs der Bank bzw. ihrer Tochterinstitute – von einem neuerlichen Staatsversagen sprechen zu können. Klar ist nur, dass die Entwicklung seit 2009 keine Erfolgsgeschichte darstellt und sich auch im Vergleich mit der Abwicklung von

Problembanken in anderen Ländern eher kläglich darstellt.

Jetzt gehört die Bank der Republik Österreich und die Qualität der Republik als Schuldner hat es ausgeschlossen, die Bank in eine Insolvenz zu schicken. Zu den Milliardenbeträgen, die bereits in die Bank geflossen sind, damit sie eine Bilanz mit der erforderlichen Kapitalquote darstellen kann, werden noch ein paar Milliarden aus dem Bundesbudget in der Abwicklungsphase dazu kommen (der Vorstand der Bank spricht von € 0-4 Milliarden, je nach Verwertungserlösen von Eigentumsobjekten und Kreditsicherheiten im Portefeuille der Bank). Die Kombination von Missmanagement der Bank und Staatsversagen kommt die Steuerzahler daher teuer zu stehen. Dass die Republik und die Steuerzahler in den anderen Bundesländern dabei einen besonderen Beitrag Kärntens fordern, ist nicht überraschend – zumal aus dem Verkaufserlös von der Bayern LB noch 500 Millionen Euro „auf der hohen Kante“ liegen. Auch die 200 Millionen Euro, die Kärnten bereits nach der Notverstaatlichung geleistet hat, stammten großteils aus diesem Verkaufserlös (und lagen eigentlich für den Anteil des Landes an den Kosten des Koralm-tunnels „auf der hohen Kante“, sodass diese Verpflichtung jetzt aus dem Budget abgedeckt werden muss).

Die Idee eines Sondergesetzes, durch das Kärnten im Wege des Finanzausgleichs die Mittel des Zukunftsfonds wieder abgenommen werden könnten, ist wohl eher als Drohung oder Eröffnungszug zu den anstehenden Verhandlungen zu verstehen, zu denen sich das Land ja bereit erklärt hat. Es ist auch vernünftig, zunächst zu klären, mit welchen Beiträgen die Abwicklung der „Bad Bank“ die Steuerzahler noch belasten wird – was allerdings Jahre dauern wird. Jedenfalls: „Kärnten wird reich“, war eine arge Illusion, der ein böses Erwachen folgt.

Hans-Joachim Bodenhöfer

## Abgrenzung und Dimension des öko-innovativen Sektors in Österreich

Unter Öko-Innovation versteht man die Einführung eines neuen oder merklich verbesserten Produktes oder einer Dienstleistung, einer Prozess-, Organisations- oder Marketingmaßnahme, welche die Nutzung der natürlichen Ressourcen (Rohstoffe, Energie, Wasser und Boden) optimiert und die Freisetzung von Schadstoffen über den gesamten Lebenszyklus verringert. Es handelt sich demnach um ein weitreichendes Phänomen, das alle Wirtschaftsbereiche betrifft und für alle Arten von Innovationen relevant ist. Da Öko-Innovationen

per Definition in unterschiedlichen Segmenten betriebswirtschaftlichen Handels stattfinden und prinzipiell bei jedem Produkt, jeder Dienstleistung, jedem Prozess und innerhalb eines jeden Unternehmens stattfinden können, ist der öko-innovative Sektor sehr schwer abgrenzbar. Studien, die sich mit der Thematik der Öko-Innovationen beschäftigen, beleuchten daher meist nur einzelne Segmente, wie zum Beispiel die Umwelttechnikindustrie. Es kann davon ausgegangen werden, dass Öko-Innovationen zu einem erheblichen Anteil außerhalb dieses Feldes, in den traditionellen Wirtschaftsbereichen, umgesetzt werden. Dort werden Öko-Innovationen primär von ökonomischen Überlegungen, wie steigenden Energie- und Materialkosten, getrieben, während der umweltbezogene Aspekt nur einen positiven Nebeneffekt darstellt. Öko-Innovationen zeichnen sich insbesondere dadurch aus, dass diese in einer Reduktion von Umwelteinflüssen resultieren, unabhängig davon, ob dies beabsichtigt oder unbeabsichtigt erfolgt. Die Bandbreite von Öko-Innovationen kann dabei über die konventionellen betrieblichen Grenzen der innovierenden Organisation hinausgehen, breitere soziale Gefüge involvieren sowie Veränderungen in bestehenden sozio-kulturellen Normen und institutionellen Strukturen auslösen („social innovation“).

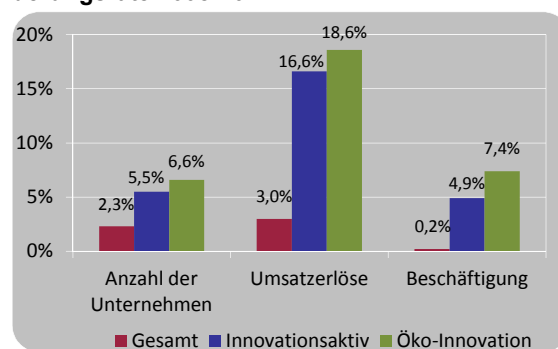
Während der Sektor der österreichischen Umwelttechnikindustrie regelmäßig über eine Unternehmensbefragung des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) erhoben wird<sup>3</sup>, die Innovationsaktivitäten von österreichischen Unternehmen im Rahmen der Innovationserhebung „Community Innovation Survey“ (CIS) erfasst werden und die Abschätzung des Umweltumsatzes und der Umweltbeschäftigung in Österreich im Rahmen der Umweltgesamtrechnung EGSS erfolgt, liegen keine belastbaren Daten zur Gesamtheit der Öko-Innovationsaktivitäten in Österreich vor. So liegen keine Informationen hinsichtlich der Anzahl der Unternehmen, die öko-innovationsaktiv sind, den Branchen in denen diese zu finden sind sowie der Größe und wirtschaftlichen Entwicklung des öko-innovativen Sektors – insbesondere auch vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise – vor.

Öko-Innovationen finden – wie zuvor erwähnt – nicht nur in der Umwelttechnikindustrie statt, sondern zunehmend auch in den so genannten traditionellen Industrien bzw. Wirtschaftsbereichen. Daten zu wirtschaftlichen Kennzahlen wie Anzahl der Unternehmen, Umsatz, Beschäftigung oder Wertschöpfung sind in der Leistungs- und Strukturstatistik für den gesamt-

ten Produktions- und Dienstleistungssektor enthalten und basieren auf der Wirtschaftsklassifikation nach ÖNACE 2008. Diese Daten der amtlichen Statistik werden mit den Informationen aus der Innovationserhebung CIS<sup>4</sup>, die in regelmäßigen Abständen in allen EU-Mitgliedsländern durchgeführt wird, verknüpft.<sup>5</sup> Im Rahmen der Innovationserhebung werden Unternehmen verschiedener Wirtschaftsbereiche bezüglich ihrer Innovationsaktivitäten befragt. Ein Teil dieser Innovationsaktivitäten bezieht sich dabei auf Öko-Innovationen; im Rahmen der Innovationserhebung werden darunter neue oder merklich verbesserte Produkte, Dienstleistungen oder Prozesse, organisatorische Neuerungen oder Marketingneuerungen verstanden, die im Vergleich zu anderen Alternativen eine positive Auswirkung auf die Umwelt haben (z.B. Ressourceneinsparungen oder Reduktion schädlicher Umwelteinflüsse). Durch Verknüpfung der verfügbaren Informationen aus der amtlichen Statistik kann eine plausible Abgrenzung des Öko-Innovationssektors in Österreich getroffen und dessen wirtschaftliche Entwicklung nachgezeichnet werden.

Im Zeitraum 2008 bis 2010 war der gesamte Produktions- und Dienstleistungssektor von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen.

**Abbildung 1: Entwicklung der Unternehmenszahl, Umsatzerlöse und Beschäftigung, Veränderungsrate 2008-2011**



Quelle: IHSK.

Es zeigt sich jedoch, dass die innovationsaktiven bzw. öko-innovationsaktiven Unternehmen (mit mehr als 9 Mitarbeiter/innen) die Krise besser bewältigt haben, was sich in prozentuellen Zuwächsen sowohl bei der Anzahl der Unternehmen, den Umsatzerlösen als auch den Beschäftigten zeigt. Betrachtet man den Zeitraum 2008 bis 2011, so lassen die Ergebnisse zudem darauf schließen, dass es zwar in allen Bereichen zu einer Erholung nach dem

<sup>3</sup> Vgl. WIFO (2013): Österreichische Umwelttechnikindustrie. Export – Wettbewerbsfähigkeit - Innovation. Berichte aus Energie- und Umweltforschung 2/2013. Wien.

<sup>4</sup> Beispielsweise gibt die CIS den Anteil innovationsaktiver Unternehmen oder den Umsatzanteil mit Produktinnovationen in den traditionellen sowie umwelttechnik-relevanten Wirtschaftssektoren wieder.

<sup>5</sup> Vgl. Statistik Austria (2010-2012): INNOVATION. Ergebnisse der Innovationserhebung CIS 2008 & CIS 2010. Wien.

konjunkturellen Einbruch kam, diese im innovativen Bereich jedoch deutlich besser ausfiel. Dies zeigt sich sowohl bei der Anzahl der Unternehmen, den Umsatzerlösen als auch den Beschäftigten (vgl. Abbildung 1).

Andrea Klinglmair

### Aktuelle Zahlen des Wintertourismus: Weniger Nächtigungen, aber mehr Gäste

Die Wintersaison 2013/14 (November 2013 bis April 2014) brachte dem Kärntner Tourismus insgesamt 3.397.400 Nächtigungen.<sup>6</sup> Davon entfallen 62,1 % auf ausländische Gäste, die restlichen 37,9 % auf Inländer/innen. Im Vergleich zur Vorsaison sind die Nächtigungen mit 0,2 % nur marginal zurückgegangen. Die Übernachtungen ausländischer Gäste reduzierten sich dabei um 0,3 %, während die Nächtigungszahlen inländischer Gäste im Vergleich zur Vorsaison unverändert blieben.

Österreichweit betragen die Nächtigungen im Winterhalbjahr 2013/14 rund 64,5 Mio. Verglichen zur Vorsaison fiel der Nächtigungsrückgang in Österreich mit 1,7 % deutlich stärker aus als in Kärnten.<sup>7</sup> Der Marktanteil Kärntens an den gesamten Winternächtigungen in Österreich beträgt derzeit rund 5,3 %.

Die Gästeankünfte betragen in der vergangenen Wintersaison rund 841.400 und sind im Vergleich zum Vorjahr um 3,8 % angestiegen; die Ankünfte inländischer Gäste sind dabei geringfügig stärker gewachsen (+4,2 %; Ausländer/innen: +3,5 %). In Gesamtösterreich haben sich die Ankünfte weniger dynamisch entwickelt und sind lediglich um 0,8 % auf rund 16,9 Mio. angestiegen.<sup>8</sup> Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer liegt im Winterhalbjahr in Kärnten damit bei rund 4,0 Tagen, wobei hier deutliche Unterschiede nach Herkunftsland bestehen. In Österreich bleiben die Gäste im Mittel weniger lange (3,8 Tage).

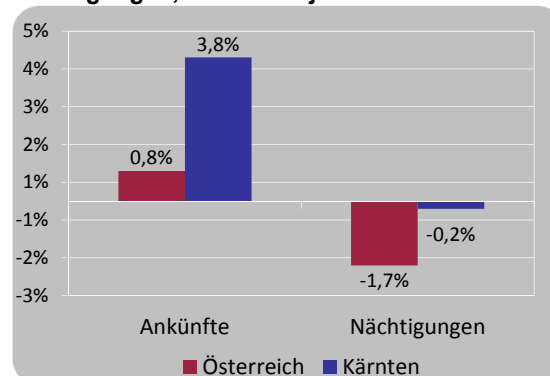
Zu den dominierenden Herkunftsmärkten zählen im Kärntner Wintertourismus neben den Österreichern selbst (37,9 % aller Nächtigungen) vor allem Deutschland (24,8 %). Darüber hinaus ist Kärnten für Gäste aus Zentral- und Osteuropa ein beliebtes Winter-Urlaubsziel; 20,8 % der Nächtigungen in der Wintersaison 2013/14 entfallen auf die Herkunftsländer Ungarn, Kroatien, die Tschechische Republik, Slowenien, die Slowakei und Polen.

<sup>6</sup> Hierbei handelt es sich um vorläufige (hochgerechnete) Ergebnisse der Beherbergungsstatistik.

<sup>7</sup> Vgl. Statistik Austria (2014a): Vorläufige (hochgerechnete) Übernachtungsergebnisse der Beherbergungsstatistik in der Wintersaison 2014. Wien.

<sup>8</sup> Vgl. Statistik Austria (2014b): Vorläufige (hochgerechnete) Ankunftsresultate der Beherbergungsstatistik in der Wintersaison 2014. Wien.

**Abbildung 2: Veränderung der Ankünfte und Nächtigungen, Winterhalbjahr 2012/13-2013/14**



Quelle: Statistik Austria (2014a, 2014b).

Darüber hinaus ist in der Wintersaison ein deutlicher Trend zum Qualitätstourismus erkennbar. Insgesamt 38,4 % aller Nächtigungen werden in Betrieben der 5/4-Stern Kategorie verzeichnet. Demgegenüber beträgt der Gästeanteil der 5/4-Stern Betriebe im Sommerhalbjahr nur 25,2 %.

A. Klinglmair

### Brain Drain aus Kärnten – Zentrale Ergebnisse

Das Bundesland Kärnten wies in den vergangenen 10 Jahren im Durchschnitt eine negative Binnenwanderungsbilanz von 1.000 Personen pro Jahr auf<sup>9</sup>, d.h. deutlich mehr Kärntner/innen haben ihren Hauptwohnsitz in ein anderes Bundesland verlegt, als von diesen nach Kärnten gezogen sind. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der prognostizierten Arbeitsplatzlücken<sup>10</sup> als kritisch zu bewerten. Dementsprechend ist es von Interesse, nach den Motiven der Abwanderung und potentiellen Rückkehrabsichten zu fragen, um Handlungsmaßnahmen für eine Trendumkehr oder zumindest eine Abschwächung des Binnenwanderungsdefizits formulieren zu können.

Mit der genannten Zielsetzung führte das IHS Kärnten im Herbst 2013 im Auftrag der Kärntner Sozialpartner und des Landes Kärnten eine umfassende empirische Erhebung bei ehemaligen Kärntner/innen durch. Als Grundgesamtheit wurden alle Personen herangezogen, welche am 1.1.2003 ihren Hauptwohnsitz in Kärnten hatten und am 1.1.2013 in einem anderen Bundesland hauptansässig waren; zudem musste die Person zum Zeitpunkt des Wohnortwechsels mindestens 15 Jahre alt sein. Laut Daten der amtlichen Statistik umfasst die untersuchte Grundgesamtheit insge-

<sup>9</sup> Vgl. Statistik Austria (2013): Wanderungsstatistik. Wien, eigene Berechnungen.

<sup>10</sup> Vgl. Bliem, M., Aigner-Walder, B., Klinglmair, R. (2012): Demographischer Wandel und Arbeitsmarkt in Kärnten. Klagenfurt: IHS Kärnten.

samt 46.946 Personen.<sup>11</sup> Über das Zentrale Melderegister (ZMR) wurde eine repräsentative 5 %-Zufallsstichprobe (n=2.350) gezogen und der Fragebogen anschließend postalisch an die Adressat/innen versendet. Aufgrund eines Rücklaufs von über 25 % konnte ein in hohem Maße repräsentatives Datensample gewonnen werden. Im Folgenden werden einige zentrale Ergebnisse der Untersuchung vorgestellt.<sup>12</sup>

Die Mehrheit (69,9 %) der befragten Kärntner/innen hatte zum Zeitpunkt der Befragung ihren Hauptwohnsitz in Wien oder der Steiermark. Dieses Ergebnis korrespondiert mit den Daten des Zentralen Melderegisters, wonach in den vergangenen 10 Jahren über zwei Drittel der abwandernden Kärntner/innen ihren Hauptwohnsitz nach Wien oder in die Steiermark verlegt haben. Diesbezüglich ist jedoch hervorzuheben, dass 23,0 % angaben, zwischen ihrem Wegzug aus Kärnten und dem derzeitigen Hauptwohnsitz auch in einem anderen Bundesland Österreichs oder dem Ausland hauptansässig gewesen zu sein; knapp 3 % davon haben den Hauptwohnsitz zwischenzeitlich mehrfach gewechselt.

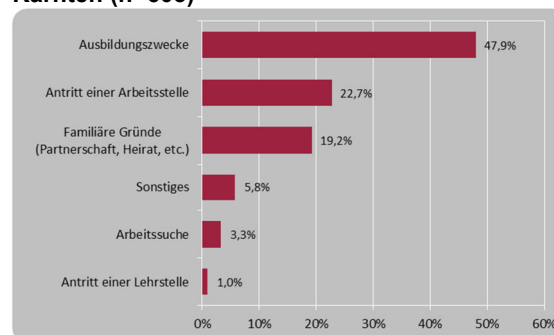
Über 80 % der Befragten sind im Alter zwischen 15 und 34 Jahren übersiedelt, wobei der größte Anteil mit 30,6 % auf die Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen entfällt. Es sind damit vorwiegend junge Kärntner/innen, welche das Bundesland verlassen. Sofern nach dem Geschlecht unterschieden wird, zeigt sich, dass mehr Frauen in jüngeren Jahren aus Kärnten abwandern als Männer. Die amtliche Statistik verweist jedoch darauf, dass die Geschlechter sich – gesamt betrachtet – entgegen der häufigen Vermutung die Waage halten (männlich: 50,8 %; weiblich: 49,2 %). Auch die Verteilung nach der Größe der Wohnortgemeinde der Befragten entspricht weitgehend der Grundgesamtheit und weist auf keine erhöhte Abwanderung aus Kleinst- und Kleingemeinden hin: 52,8 % der befragten Personen haben im Zentralraum Kärntens (Klagenfurt Stadt und Land oder Villach Stadt und Land) gelebt.

Hinsichtlich der höchsten abgeschlossenen Ausbildung der befragten Personen zeigt sich, dass die Mehrheit (50,7 %) einen tertiären Abschluss (Universität, Fachhochschule oder Pädagogische Hochschule) vorweisen kann. Der Anteil liegt damit deutlich über jenem der Grundgesamtheit von 13,1 % in Kärnten und 14,9 % in Österreich (2010).<sup>13</sup> Weitere 28,6 %

der Befragten haben eine höhere Schule (z.B. AHS, HAK, HTL) absolviert. Es handelt sich damit eindeutig um einen Brain Drain, d.h. einen Abfluss von gut gebildeten Menschen aus Kärnten.

Der Hauptgrund für die Verlegung des Hauptwohnsitzes aus dem Bundesland Kärnten ist die Absolvierung einer Ausbildung außerhalb Kärntens: Fast die Hälfte der Befragten (47,9 %) gab an, zu Ausbildungszwecken aus dem Bundesland weggezogen zu sein. Mit 22,7 % und 19,2 % sind des Weiteren der Antritt einer Arbeitsstelle und familiäre Gründe (z.B. Partnerschaft, Heirat) relevante Motive. Wie in Abbildung 3 erkennbar, gaben zudem 3,3 % an, zum Zwecke der Arbeitssuche weggezogen zu sein und 1,0 % für den Antritt einer Lehrstelle. Knapp 6 % der Befragten nannten sonstige Gründe, wobei unter den häufigsten Nennungen die politische Situation in Kärnten sowie keine Zukunftsperspektiven zu sehen oder die Wohnungs-/Hausübernahme in einem anderen Bundesland waren.

**Abbildung 3: Hauptmotive für den Wegzug aus Kärnten (n=603)**



Quelle: Aigner-Walder und Klinglmair (2014, S. 40).

Unterschieden nach dem Geschlecht zeigt sich, dass Männer den Antritt einer Arbeitsstelle als Hauptmotiv für den Wegzug aus Kärnten deutlich häufiger angaben, während Frauen bei familiären Gründen sowie Ausbildungszwecken höhere Werte erzielten. Auch ein Signifikanztest auf Unabhängigkeit zeigt einen signifikanten statistischen Zusammenhang zwischen dem Geschlecht und dem Hauptmotiv der Verlegung des Hauptwohnsitzes. Die bereits in bisherigen empirischen Studien nachgewiesenen geschlechtsspezifischen Unterschiede<sup>14</sup> bestätigen sich damit ebenfalls im Rahmen der vorliegenden Untersuchung. Kein statistisch signifikanter Zusammenhang konnte hingegen zwischen dem Motiv der Abwanderung und dem Zeitpunkt der Verlegung des Hauptwohnsitzes als auch dem ehemali-

<sup>11</sup> Vgl. Statistik Austria (2013): Wanderungen innerhalb Österreichs. Wien, eigene Berechnungen.

<sup>12</sup> Die gesamten Ergebnisse finden sich unter Aigner-Walder, B. und Klinglmair, R. (2014): Brain Drain in Kärnten. Ursachen und Handlungsempfehlungen IHS Kärnten: Klagenfurt.

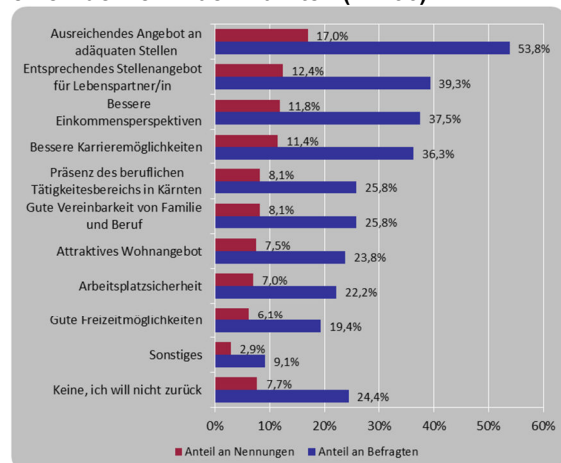
<sup>13</sup> Vgl. Statistik Austria (2013): Bildung in Zahlen 2011/12 – Schlüsselindikatoren und Analysen. Wien.

<sup>14</sup> Vgl. u.a. Gerloff, A. (2004): Wanderung und Heimatbindung junger Menschen aus Sachsen-Anhalt – Ergebnisse der Wanderungsstudie. Abschlussbericht. Landesregierung Sachsen-Anhalt, S. 100-171 oder Beck, G. (2011): Wandern gegen den Strom. West-Ost-Migration in Deutschland seit 1990. Freie Universität Berlin.

gen Wohnort in Kärnten (unterschieden nach dem Zentralraum und den ländlichen Bezirken Kärntens) nachgewiesen werden. Der Zusammenhang zwischen dem Hauptmotiv und dem Alter erweist sich hingegen als statistisch höchst signifikant. Vor allem für Personen im jungen Alter ist die Ausbildung mehrheitlich der Hauptzweck für den Wegzug aus Kärnten, während das Motiv des Antritts einer Arbeitsstelle bei Personen im mittleren Alter (35-54 Jahre) am häufigsten zutrifft und familiäre Gründe in der höchsten Altersgruppe (55 Jahre und älter).

Auf die Frage, ob die Intention besteht, den Lebensmittelpunkt wieder nach Kärnten zurück verlegen, antworteten 12,4 % der Befragten mit „Ja“, 44,9 % mit „Nein“ und 42,6 % mit „Weiß nicht“. Nur ein geringer Anteil der befragten Personen plant, den Hauptwohnsitz wieder nach Kärnten zu verlegen, während beinahe die Hälfte eine Rückkehr ausschließt. Jene Personen, welche eine Rückkehr planen, wurden in weiterer Folge u.a. nach den Gründen befragt. Als häufigste Gründe wurden die Lebensqualität (66,7 %) und die soziale Bindung durch Familie und/oder Freunde (64,0 %) genannt. Immerhin fast 50 % nennen zudem die guten Freizeitmöglichkeiten in Kärnten, während für 44,0 % der Wunsch besteht, die Kinder in Kärnten groß zu ziehen. Ein Drittel beabsichtigt eine Rückkehr im Ruhestand. Häufig genannt wurden darüber hinaus das attraktive Wohnangebot (30,7 %), der Abschluss der Ausbildung (29,3 %) oder familiäre Gründe (25,3 %). Eine untergeordnete Rolle spielen hingegen wirtschaftliche Beweggründe bzw. arbeitsplatzbezogene Kriterien: Lediglich für 10,7 % der Befragten ist etwa ein attraktives Stellenangebot in Kärnten ein relevanter Grund für die geplante Rückkehr.

**Abbildung 4: Notwendige Voraussetzungen für eine Rückkehr nach Kärnten (n=496)**



Quelle: Aigner-Walder und Klinglmair (2014, S. 67).

Jene Personen, welche in Bezug auf die Rückkehrabsicht mit „Nein“ oder „Weiß nicht“ geantwortet haben, wurden hingegen nach

Voraussetzungen bzw. Rahmenbedingungen gefragt, welche – aus ihrer Sicht – erfüllt sein müssten, um eine Rückverlegung des Lebensmittelpunkts nach Kärnten in Betracht zu ziehen. Dabei zeigt sich eine eindeutige Dominanz arbeitsspezifischer Faktoren (vgl. Abbildung 4). Mehr als die Hälfte der Befragten gab an, dass ein ausreichendes Angebot an adäquaten Stellen in Kärnten verfügbar sein müsste. 39,3 % nannten die Voraussetzung eines entsprechenden Stellenangebots auch für den/die Lebenspartner/in.

Ebenfalls knapp 40 % der Befragten sehen bessere Einkommensperspektiven sowie bessere Karrieremöglichkeiten als entsprechende notwendige Rahmenbedingungen und ein Viertel gab an, dass die Präsenz des beruflichen Tätigkeitsbereichs in Kärnten sowie eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf gegeben sein müsste. Erst abgeschlagen finden sich Nennungen wie ein attraktives Wohnangebot (23,8 %) oder gute Freizeitmöglichkeiten (19,4 %). Knapp ein Viertel der Befragten gab allerdings an, dass keine Voraussetzung erfüllt sein müsste, da eine Rückkehr nach Kärnten generell nicht beabsichtigt wird.<sup>15</sup>

Birgit Aigner-Walder

## Fortsetzung Konjunktur:

Damit bestätigt sich das Bild einer beginnenden Konjunkturerholung in Kärnten, die noch hinter der gesamtösterreichischen Entwicklung zurückbleibt. Laut der aktuellen Konjunkturprognose des IHS Kärnten wird das reale Brutto regionalprodukt in Kärnten heuer um 1,4 % und im Jahr 2015 um 1,9 % steigen. Die Beschäftigung dürfte leicht zunehmen. Dennoch dürfte die Arbeitslosenquote mit etwa 10,5 % hoch bleiben. Die aktuelle Kärnten-Prognose kann über die Homepage des IHS Kärnten abgerufen werden:

<http://www.carinthia.ihs.ac.at/wirtschaftsprognose.html>

Klaus Weyerstraß

## Impressum

**Herausgeber:** IHS Kärnten  
**Adresse:** Alter Platz 10, 9020 Klagenfurt  
 Tel. (0463) 592150, Fax DW 23  
**E-Mail:** [info@carinthia.ihs.ac.at](mailto:info@carinthia.ihs.ac.at)  
**Website:** [www.carinthia.ihs.ac.at](http://www.carinthia.ihs.ac.at)

Der IHS Kärnten Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten, der Industriellenvereinigung Kärnten, der Arbeiterkammer Kärnten sowie des Landes Kärnten vier Mal jährlich.

**Redaktionsschluss:** 12.06.2014

<sup>15</sup> Eine detaillierte Auflistung von aus der Studie hervorgehenden potentiellen Handlungsoptionen findet sich in Aigner-Walder und Klinglmair (2014).